

Klaus Pfisterer

KDV-Statistik 2004

Jahr	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Ungediente	146.467	162.462	164.267	163.277	170.734	178.354	163.548	150.273
Einb./Vorbenach.	5.616	6.090	6.512	6.395	8.210	8.128	4.627	1.296
Soldaten	1.856	2.016	2.175	2.494	2.452	2.322	1.859	1.936
Reservisten	1.033	1.089	1.393	699	1.024	840	711	658
Summe	154.972	171.657	174.347	172.865	182.420	189.644	170.745	154.163

KDV-Anträge 1997 – 2004; Quelle: Bundesamt für den Zivildienst – Pressestelle (10.02.2005)

Die KDV-Zahlen sind 2004 um knapp 10 Prozent auf 154.163 Anträge (Vorjahr 170.745) gesunken. Stark rückläufig sind die KDV-Anträge von Ungedienten sowie Vorbenachrichtigten und Einberufenen. Die Musterungszahlen sind dagegen um knapp 4 Prozent auf 386.898 (372.752) gestiegen.

Bei den im letzten Jahr 369.745 abgeschlossenen Musterungsverfahren sind 67.914 Wehrpflichtige als nicht wehrdienstfähig gemustert worden. Hinzu kommen 57.066 Wehrpflichtige mit dem Tauglichkeitsgrad T3, der noch bis zum 01.10.2004 galt, und die danach als nicht wehrdienstfähig eingestuft wurden. Insgesamt wurden 124.980 Wehrpflichtige (Vorjahr: 117.102) als untauglich gemustert. Das sind 33,80 Prozent (Vorjahr: 32,23).

Es bleibt festzuhalten: Im Jahr 2004 standen rund 435.000 Wehrpflichtige zur Musterung an. Davon wurden mindestens 50.000 Wehrpflichtige nicht und weitere 125.000 untauglich gemustert. Somit müssen bereits 175.000 Wehrpflichtige keinerlei Dienst leisten. Und das sind noch nicht alle.

Die Musterungszahlen geben eine deutlichen Hinweis darauf, wie künftig die Zahl der Verfügbaren klein gehalten werden soll. Die Zahl der Untauglichen steigt. Im Jahr 2004 waren es bereits ein Drittel der gemusterten Wehrpflichtigen. Für die Beratungspraxis bedeutet dies zunächst, den Wehrpflichtigen eindringlich zu raten die Musterung abzuwarten, bevor sie einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen.

Für politischen Streit sorgt weiterhin die Ungleichbehandlung von anerkannten Kriegsdienstverweigerer gegenüber Wehrpflichtigen. Während Verteidigungsminister Struck in diesem Jahr rund 65.000 junge Männer zum Grundwehrdienst einzieht (Tendenz fallend), sind es beim Zivildienst rund 90.000 anerkannte Kriegsdienstverweigerer (Tendenz gleichbleibend). Nach wie vor bricht die Bundesregierung ihr Gleichbehandlungsversprechen aus dem Koalitionsvertrag von 2002.

Sowohl für den Zivildienst als auch für den Grundwehrdienst stehen deutlich mehr Dienstpflichtige als Finanzmittel für deren Einberufung zur Verfügung. Mindestens 75.000 Wehrpflichtige können daher keinen Dienst leisten. Mittlerweile müssen noch höchstens 37 Prozent eines Jahrgangs Grundwehr- oder Zivildienst leisten.

Jahr	2003	2004
wehrdienstfähig	235.319	235.676
vorübergeh. nicht WD-fähig	10.890	9.089
nicht wehrdienstfähig	49.716	67.914
Verwendungsgrad T3	67.386	57.066
Summe	363.311	369.745

Musterungen 2003/2004; Quelle: BMVg (10.03.2005)

Viele anerkannte Kriegsdienstverweigerer erhalten vom BAZ ein Schreiben mit dem Vermerk, dass sie sich eine Zivildienststelle suchen sollen, andernfalls würden sie zwangsweise einberufen. Der Leiter des BAZ bat die KDV-Beratungsstellen darum, Kriegsdienstverweigerer dahingehend zu beraten, dass sie sich möglichst zügig eine Stelle suchen. Nach der offiziellen Statistik vom 15.02.2005 stehen dem BAZ aber nur deutlich unter 400 Plätze für eine zwangsweise Einberufung zur Verfügung. Offensichtlich kann das BAZ den Zivildienst nur durchführen, wenn die Dienstpflichtigen bei ihrer Einplanung mitwirken. Wer sich nicht rührt, hat also beste Chancen, keinen Dienst leisten zu müssen. Darauf sollten die KDV-Beratungsstellen, die im Sinne der Kriegsdienstverweigerer beraten, zukünftig verstärkt hinweisen. Alles andere hilft nur, die die KDVer benachteiligende Einberufungspraxis des Bundesamtes zu stützen.

Die Wehrungerechtigkeit wird täglich vor Augen geführt, so dass sich jeder Politiker, der an der falschen Behauptung, es gebe sie, festhält, ins Abseits stellt. Die politische Forderung kann nur lauten: Abschaffung bzw. Aussetzung der Wehrpflicht noch in dieser Legislaturperiode.

Wir raten den Wehrpflichtigen nach wie vor, mit ihrem KDV-Antrag zu warten. Die Kampagnen von DFG-VK (www.Machs-wie-Dieter.de) und Zentralstelle KDV (www.Wehrpflicht-Nein-Danke.de) sind in der gegenwärtigen Phase ein wichtiger Bestandteil, denn sie zeigen den angehenden Wehrpflichtigen die Dienstungerechtigkeit auf und weisen auf Möglichkeiten im Umgang mit dieser Ungerechtigkeit hin.

Klaus Pfisterer ist KDV-Rechtsbeistand und Landessprecher der DFG-VK Baden-Württemberg. 